Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.81 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger und Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen desteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 94 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 23. April 1935

Wer im Glashaus sitzt ...

Die Überreichung der deutschen Protestnote in den Hauptstädten aller Staaten, die im Völkerbundsrat vertreten sind, ist die Antwort auf die Entschließung von Genf, die von diesen vierzehn Staaten mit Ausnahme von Dänemark unterzeichnet worden ist.

Wir machen keinem einzelnen Staat einen Vorwurf in unserem Protest, aber wir nehmen auch keinen von den Staaten aus, die die Genfer Entschließung unterzeichnet haben. Sie alle insgesamt müssen die Verantwortung tragen für die ewige Diskriminierung eines Volkes von 66 Millionen Menschen, die alle von dem einen Willen beseelt sind, frei zu sein, und die arbeiten wollen für ein großes Ziel. Dieser Wille wird auch nicht gebrochen werden durch noch so nichtswürdige Beschlüsse; die Einmütigkeit wird nur gestärkt werden können, und das deutsche „Nun gerade!" wird immer noch lauter ertönen, je mehr man Deutschland zu einem minderwertigen Volk zu stempeln gedenkt.

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht hat der Völkerbundsrat als einseitige Aufhebung internationaler Verpflichtungen bezeichnet. Genf hat es so darzustellen versucht, als ob Deutschland wiederum wie immer der Störenfried sei, vor dem man sich in acht nehmen, den man überwachen und dem man drohen müsse. Und das ist das Heuchlerische an der Genfer Entschließung, daß sie hinter der Anklage die eigene Schuld versteckt. Herr Laval, Frankreichs Außenminister, hat im Völkerbundsrat sich als Ankläger und Richter zugleich gefühlt, und er hat seine Rolle so zu Ende zu spielen verstanden, daß bis auf Dänemark kein anderer der Völkerbundsratsstaaten sich seiner „Logik" verschließen zu können glaubte. Es war eine billige Anklagerede Lavals, wenn der sogenannte Angeklagte wegen Abwesenheit nicht widersprechen kann. Aber glaubt Frankreich, glauben all die anderen Staaten, die sich den französischen Standpunkt zu eigen gemacht haben, wirklich im Ernst, daß wir die Taktik von Genf nicht durchschauen? Hat man wirklich erwartet, daß wir stumm und ergeben die Entschließung von Genf hinnehmen würden, ohne unsere Meinung dazu zu sagen?

Unsere Meinung steht auch schon in jener Proklamation vom 16. März, denn sie faßt heute wie für alle Zeiten auf der Feststellung, daß, wie es in der Proklamation wörtlich heißt, „die hohen Vertragschließenden der ehemaligen Siegerstaaten sich einseitig von den Verpflichtungen des Versailler Vertrages gelöst haben". Alle Beschlüsse in Genf werden nicht imstande sein, die Wirklichkeit umzufälschen, sie werden es nicht vermögen, die anderen Staaten von der Schuld freizusprechen, die man uns in die Schuhe schiebt. Wir haben ein reines Gewissen. Wir haben, vertrauend auf die Buchstaben der Verträge, abgerüstet bis zu einem Grade, der eines Großstaates schon nicht mehr würdig war. Unsere früheren Regierungen, die in ihrer Gesinnung den pazifistisch-demokratischen Idealen des Völkerbundes und seiner Gründer restlos entsprachen, haben gehofft, daß Deutschland durch seine Selbstentäußerung für den Frieden den besten Dienst leisten würde. Kommissionen haben dafür gesorgt, daß die deutsche Abrüstung auch restlos durchgeführt wurde. Deutschland wurde zur Arena von Schnüffelkommissionen, denen alle Türen und Tore offen standen, und die sich in deutschen Gauen bewegten wie der Sklavenhalter im Negerstaat. Und während man die deutsche Abrüstung überwachte, betrieb man bei den Staaten, die die Überwachung durchführten, die Aufrüstung. Milliarden erschienen in den Heeresetats der sogenannten Siegerstaaten. Landheer, Flotten- und Luftmacht wurden vergrößert, die Kriegstechnik setzte ihre letzten Neuerungen ein, Europa war erfüllt von Kriegsgeschrei. Und das alles sah ein ehr- und wehrloses Deutschland fünfzehn Jahre lang mit an.

Dann kam der 30. Januar 1933. Es wehte ein frischer Wind durch Deutschland, die Menschen erwachten, der Nationalsozialismus weckte sie auf, pochte an das Gewissen des einzelnen, und in wenigen Wochen erstand ein neues deutsches Volk, das sich die Ehre und die Freiheit wiederzunehmen zum Ziele gesetzt hatte. Aber immer noch haben wir jeden Vorschlag von anderer Seite zur Befriedung Europas gern entgegengenommen und ernsthaft geprüft. Immer noch waren wir bereit, abgerüstet zu bleiben, wenn die anderen dasselbe taten. Im Dezember 1932 versprach man uns die Gleichberechtigung, aber der feierlichen Zusicherung folgte nicht die Tat. Man verwehrte Deutschland weiter, ein gleichberechtigter Staat zu sein und ein freies Volk zu werden.

Von da an setzten die deutschen Gegenmaßnahmen ein. Wir mußten alle jene internationalen Einrichtungen meiden, in denen wir nicht als gleichberechtigte Vertreter saßen. Wir traten aus der Abrüstungskommission, die längst eine Aufrüstungskommission geworden war. Wir traten aus dem Völkerbund, der ein Instrument des Friedens sein sollte, aber längst ein Instrument in den Händen der Aufrüstungsstaaten geworden war. Dann tauchte der MacDonald-Plan auf und wir erklärten uns wieder bereit, den englischen Vorschlag zur Abrüstungsfrage anzunehmen, aber der Plan scheiterte an der Ablehnung durch die anderen Staaten und wurde wieder preisgegeben. Unser guter Wille wurde mit Füßen getreten, wir wurden immer noch nicht als gleichberechtigter Staat betrachtet. Währenddessen feierte der Rüstungswahnsinn der anderen Orgien.

Jetzt war unsere Geduld zu Ende. Wir nahmen uns, was man uns verwehrte. Unsere neue deutsche Reichsregierung als Wahrerin der deutschen Ehre und der deutschen Lebensrechte war außerstande, tatenlos der Entwicklung der Dinge in Europa zuzusehen. Jetzt will man es so darstellen, als hätten wir den Frieden gestört, als wären die Maßnahmen der anderen die Folge der unsrigen. Selten ist in der Weltgeschichte die Wahrheit so auf den Kopf gestellt worden. Wenn es noch eine Weltgerechtigkeit gibt, so wird sich diese Vergewaltigung der Wahrheit einmal bitter rächen. Unser Protest in den 14 Hauptstädten schreit noch einmal die Wahrheit hinaus. Wir lassen uns unser Recht nicht nehmen, und wir rufen es denen zu, die es uns verwehren: „Ihr habt längst durch euer eigenes Tun die Berechtigung verwirkt, über uns zu Gericht zu sitzen!" — „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen", sagt ein altes Sprichwort. Hier hat es von neuem seine Berechtigung erwiesen.

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die deutsche Verhandlungsbereitschaft zu sondieren. Man glaubte in verschiedenen Staaten, uns doch vielleicht noch einmal nach Genf zurückzubekommen an den Konferenztisch. Aber scheinbar sind die, die diesen Glauben hatten, sehr schlechte Menschenkenner. Sonst hätten sie sich sagen müssen, daß man nicht jemand zur Verhandlung bereitfinden wird, wenn man ihm vorher Fußtritte versetzt hat. Deshalb hat der Völkerbundsrat dem Völkerbunde selbst einen schlechten Dienst erwiesen, als er die Entschließung gegen Deutschland annahm. Wir wären ein ehrloses Volk, wenn wir heute so täten, als habe man uns nie Unrecht getan. Wir sind ein Volk der Ehre, und werden es mehr denn je bleiben. Und unsere Ehre sagt uns, was wir tun müssen, was wir lassen sollen.

Deutschland weist neue Diskriminierung zurück

Deutsche Protestnote an die Mitglieder des Völkerbundrats.

Die Reichsregierung hat den am Beschluß des Völkerbundsrates vom 17. d. M. beteiligten Regierungen einen Protest gegen diesen Beschluß notifizieren lassen.

In der Protestnote wird den Regierungen erklärt, daß sie nicht das Recht haben, sich zum Richter über Deutschland aufzuwerfen, daß der Beschluß des Völkerbundsrates den Versuch einer erneuten Diskriminierung Deutschlands darstellt und daß er deshalb auf das entschiedenste zurückgewiesen wird. Gleichzeitig hat die Reichsregierung den fremden Regierungen mitgeteilt, daß sie sich vorbehält, ihre Stellungnahme zu den in dem Ratsbeschluß berührten Einzelfragen demnächst bekanntzugeben.

Das Echo auf die deutsche Protestnote.

Ruhige Aufnahme in Paris.

Die deutsche Protestnote hat in den Hauptstädten der Welt ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Dabei überrascht es, daß in Frankreich die Note verhältnismäßig ruhig aufgenommen wird. Man behauptet, daß man in französischen diplomatischen Kreisen in gewissem Sinne befriedigt sei über die Tatsache, daß der Wortlaut der deutschen Protestnote in allen Hauptstädten der gleiche sei, daß also Frankreich als Urheber der Genfer Meinungsäußerung keine besonders abgefaßte Antwort erhalten habe. Der „Intransigeant" meint, das Osterei aus Berlin enthalte nicht sehr viel. Man habe nach der Haltung der deutschen Presse heftige Forderungen erwartet. Hitler habe sich aber entschlossen, nur zu protestieren und eine spätere Zurückweisung anzukündigen. Die nationalistische „Liberté" befürchtet, daß

das Zusammentreffen der deutschen Protestnote mit der von dem Blatt übrigens befürworteten Vertagung des geplanten französisch-sowjetrussischen Abkommens von Deutschland als günstiges Zeichen für seine Pläne ausgelegt werden könnte.

„Figaro" meint, „die maßvollen Wendungen der Hitlernote" und die Ankündigung einer weiteren Erklärung des deutschen Standpunktes seien Anzeichen dafür, daß man die Brücken nicht abbrechen wolle. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" schreibt, die deutsche Note beweise, daß Hitler durch die „moralische Verurteilung", deren schwache Punkte er genau kenne, nicht übermäßig eingeschüchtert worden sei. „Oeuvre" berichtet, in London, Rom und Paris sei die deutsche Note ruhig aufgenommen worden, denn man habe den diplomatischen Schritt Deutschlands erwartet. „Le Jour" bemerkt, die deutsche Note bahne lediglich eine spätere Verhandlung an.

England hofft auf die kommenden Verhandlungen.

Die Londoner Zeitungen berichten mit Ausnahme einiger Sensationszeitungen zwar ausführlich, aber sachlich und ruhig über die Note und die mit ihr zusammenhängende Lage. Im liberalen „News Chronicle" wird der maßvolle Ton des deutschen Protestes hervorgehoben. Der Berliner „Times"-Vertreter sagt u. a., die bitterste deutsche Kritik richte sich mehr gegen den Völkerbund als gegen die einzelnen Mächte. Es werde

klar gemacht, daß jegliche Neigung, schließlich eine Rückkehr nach Genf ins Auge zu fassen, einen ernsten Rückschlag erlitten habe.

Aber trotz des Rückschlages für den Völkerbundsgedanken scheine noch einige Möglichkeit für kollektive Verhandlungen zu bestehen. „Daily Telegraph", die der französischen Auffassung ziemlich nahezustehen pflegt, sagt in einem Leitartikel, Deutschlands erste Antwort auf die Genfer Entschließung entspreche den Erwartungen. Sie ändere die internationale Lage nicht. „Sunday Dispatch" bringt die große Überschrift: „Hitler bestreitet das Recht der Regierungen, sich als Richter aufzuspielen". Hitlers Antwort, fügt das Blatt hinzu, wurde abgesandt, während das deutsche Volk eine große Vertrauenskundgebung für seinen Führer veranstaltete. Im „Observer" schreibt Garvin u. a.: Das Genfer Schicksal hat mehr den Anschein einer ironischen Schaustellung, als eines empfehlenswerten Vorgehens. Der abschließende Eindruck mußte der einer gewaltigen Komödie mit einem bitteren Beigeschmack sein.

Nach den Osterferien mögen die Verhandlungen mit Berlin mit klarer Höflichkeit und ohne überschwenglichkeit wieder aufgenommen werden.

Vor allem müssen wir dafür sorgen, daß wir unsere Stellungnahme in allen Hauptfragen genau so klar kennen wie Hitler selbst, wenn die Verhandlungen mit Berlin wieder beginnen.

*

Die Kommentare der italienischen Blätter zur deutschen Note sind in Ton und Inhalt ruhig. Man erklärt in Rom, daß die Note nicht gerade besonders überrascht habe.

Litauen erneut zur Ordnung gerufen.

Neuer Schritt der Memel-Signatarmächte in Kowno.

Die Memel-Signatarmächte haben durch ihren diplomatischen Vertreter dem litauischen Außenminister eine Note überreicht, in der die litauische Regierung aufgefordert wird, das Memelstatut genau innezuhalten.

In einer Meldung des französischen Nachrichtenbüros Havas aus Kowno heißt es, daß die von den Gesandten Frankreichs und Italiens und dem Geschäftsträger Englands der litauischen Regierung überreichte Note, die in Stresa beschlossen worden war, in gemäßigtem Tone gehalten sei. Die Mächte haben darin die Hoffnung ausgesprochen, daß die litauische Regierung einen Beweis ihres guten Willens ablegen werde, indem sie so bald als möglich die parlamentarische Tätigkeit des Memeler Landtages wiederherstelle.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF